Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Rede
118/2020
Kiel, 18.06.2020

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Die gesamte Gesellschaft profitiert von präventiven Angeboten

„Wir halten es für richtig, allen Menschen über 75 ein freiwilliges und selbstverständlich kostenloses Beratungsangebot zu machen. Und deshalb unterstützen wir die ursprüngliche Forderung an die Landesregierung, den „präventiven Hausbesuch" gemeinsam mit Kommunen und Pflegekassen einzuführen."

Jette Waldinger-Thiering zum TOP 26 - Selbstbestimmtes Leben im Alter unterstützen - „Präventiven Hausbesuch" für Seniorinnen und Senioren in Schleswig-Holstein auf den Weg bringen (Drs. 19/2053 und 19/2170)

Aus sozialpolitischer Sicht ist es unheimlich schwer zu verstehen, warum wir uns nicht alle mit vollem Einsatz für präventive Angebote einsetzen. Ob im Gesundheitswesen, in der Suchtberatung, beim Thema Obdachlosigkeit oder ganz allgemein in der Jugend- oder Familienhilfe: Überall trägt Prävention dazu bei, menschliches Leid zu verhindern oder zumindest zu verringern. Und fast immer profitiert die gesamte Gesellschaft, weil mittel- bis langfristig Folgekosten vermieden werden.

Mir ist bewusst, dass der finanzielle Spielraum für Land und Kommunen begrenzt ist. Außerdem müssen nicht nur in diesen Ausnahmezeiten auch viele andere Dinge bezahlt werden. Und trotzdem hält sich das Verständnis des SSW in Grenzen, wenn man hier und heute mit Finanzierungsbedenken

argumentiert. Aus unserer Sicht macht der Antrag der SPD absolut Sinn. Wir halten es für richtig, allen Menschen über 75 ein freiwilliges und selbstverständlich kostenloses Beratungsangebot zu machen. Und deshalb unterstützen wir die ursprüngliche Forderung an die Landesregierung, den „präventiven Hausbesuch“ gemeinsam mit Kommunen und Pflegekassen einzuführen.

Der Alternativantrag der Koalition verfolgt natürlich ein ähnliches Ziel. Aber wenn wir ehrlich sind, dann ist er dabei doch deutlich weniger konkret. Es ist zwar richtig, dass auch die Themen Mobilität und Umgang mit der Digitalisierung wichtig sind. Aber im Grunde soll hier nur die bereits vorhandenen Beratungsangebote unterstützt und hin und wieder darüber berichtet werden. Das spart sicher Kosten. Aber wir befürchten, dass das in einer immer älter werdenden Gesellschaft zu wenig ist. Und wir halten es für geboten, älteren Menschen möglichst vielfältige Beratungsangebote zu machen. Neben den genannten Themen Mobilität und Digitalisierung gehören für uns auch altersgerechtes Wohnen, gesundheitliche Prävention und Pflegebedarf dazu.

Beide Anträge verweisen auf den Wunsch der allermeisten Menschen, möglichst lange selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden zu leben. Und wenn wir es richtig verstehen, dann will doch auch die SPD keine Zwangsberatung für alle über 75. Es geht um ein freiwilliges Angebot. Die Betroffenen entscheiden frei, ob und wie sie sich beraten lassen wollen. Hier gibt es also eigentlich gar keinen Widerspruch. Gleichzeitig wissen wir alle, dass die vorhandene Beratungsstruktur mehr als ausgelastet ist. Das melden uns zum Beispiel die Pflegestützpunkte oder das Kompetenzzentrum Demenz immer wieder. Wir kommen also kaum darum herum, die vorhandenen Beratungsmöglichkeiten zu stärken und die Angebote zu erweitern. Natürlich nicht pauschal sondern immer in Abhängigkeit davon, welche Beratungsmöglichkeiten es schon vor Ort gibt.

Nach meiner Auffassung sollten wir die Themen beider Anträge zusammenfassen und überlegen, wie wir noch mehr Menschen erreichen können. Denn wenn wir nur mal auf den Punkt Prävention und Vorsorge in Sachen Demenz schauen, wird deutlich, wie sinnvoll und hilfreich Beratungsarbeit sein kann: Durch gezielte präventive Maßnahmen lässt sich der Ausbruch demenzieller Erkrankungen um bis zu 10 Jahre verzögern. Das ist ein riesiger Gewinn für die Lebensqualität der Betroffenen und ihrer Angehörigen. Gleichzeitig ist diese Tatsache aber längst nicht allen älteren Menschen bekannt. Es ist also unheimlich wichtig, dass es die entsprechenden Angebote gibt. Und hierfür sollten wir uns gemeinsam mit Kommunen und Pflegekassen einsetzen.